

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 133 (1967)

Heft: 8

Artikel: Die sowjetische Militärpolitik unter Breschnew und Kossygin

Autor: Wolfe, Thomas W.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-43766>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Erreichen dieses Ziels hängt weitgehend von der Rekrutierung der Leute ab. Wir können aus rund 130 Mann, Bestand einer Rekruteneinheit, ungefähr 20% für die Gebirgsausbildung auswählen. Es ergeben sich keine Schwierigkeiten, Leute aus Gebirgsgegenden oder solche, die durch ihre zivile Tätigkeit mit dem Gebirge ordentlich vertraut sind, zu finden.

3. Programmgestaltung

Die Ausbildung für die Sommergebirgstechnik ist einfacher als jene für den Winter, weil sie sich leichter in das allgemeine Ausbildungsprogramm der Rekrutenschule einbauen läßt. Daher soll im Folgenden gezeigt werden, wie die Wintergebirgsausbildung durchgeführt werden kann.

- In der ersten Phase wird der Rekrut in den Gebirgsdienst eingeführt. Er lernt das Gebirgsmaterial kennen und muß dessen Verwendung beherrschen. Dieser Unterricht beginnt in der dritten Rekrutenschulwoche und wird am Ende der vierten Woche abgeschlossen. Der Unterricht erfolgt stundenweise.
- In der zweiten Phase erhält der Rekrut die Elementarausbildung im Wintergebirge. Er wird instruiert im Gehen, Gleiten, Flachlauf; Fahren mit einfachen Richtungsänderungen, Kolonnenfahren und Rettungsdienst. Karte, Kompaß und Höhenmesser müssen ihm während dieser Zeit vertraut werden, und gleichzeitig hat er sich mit der Wetterkunde zu befassen. Diese Ausbildung muß in der fünften Woche beginnen und sollte am Ende der siebten Woche abgeschlossen werden.
- Mit der dritten Phase soll der Rekrut das Erlernte anwenden. Er muß sich üben im Bewegen mit Packung und Waffe im leichten und schwierigeren Gelände. Der Transport von Kranken und Verwundeten mit Ganz- und Halbschlittenimprovisation muß in die Übungen eingebaut werden. Durch Biwaks und Abkochen muß der zukünftige «Gebirgsartillerist» zur absoluten Selbständigkeit erzogen werden. Die Ausbildung in der Anwendungsphase muß ganztagsweise erfolgen, wobei die vorausgehende Nacht dazugehören muß; sie verteilt sich von der achten bis in die zwölfte Woche.
- Die vierte Phase bildet den Abschluß der Gebirgsausbildung mit dem Ziel: leben, überleben und kämpfen im Gebirge. Während dieser Phase wird das Gebirgsdetachment von der Schuleinheit getrennt und ist selbständig. Als Basislager sollen SAC-Hütten dienen oder ähnliche Bedingungen vorliegen. Schneebiwaks, Seilfahren, Benützen von fixen Seilen, Lawinendienst und Waffenstellungen verbunden mit Gefechtschießen sind die Hauptbeschäftigung dieses Detachementes während einer Dauer von ein bis zwei Wochen. Diese Ausbildung kann zugleich mit der Infanteriegefechtsschießverlegung der Schule durchgeführt werden.

4. Nach- und Rückschub

Der Nach- und Rückschub erfolgt durch Einsatz der drei Haflinger des Feuerleitzugs (die Feuerleitbatterien können mit deren Zuteilung als Materialtransportmittel in absehbarer Zeit rechnen). Es handelt sich hier hauptsächlich um Transport von Biwakmaterial und Munition. Eine ausführliche Angabe des Materials wollen wir hier unterlassen. Die Ausrüstung setzt sich im wesentlichen wie folgt zusammen:

- persönliche Packung des Mannes,
- nachgeschobene Packung des Mannes,
- Detachementsmaterial.

Mit der Zuteilung von Haflingern ist der Nach- und Rückschub bedeutend erleichtert und das Gebirgsdetachment, später der Feuerleitzug kann seine Autonomie bewahren. Die Geländegängigkeit des Schießkommandantentrupps im Gebirge wird dadurch erheblich gesteigert und gewinnt an Raschheit. Der Haflinger-Motorfahrer, auch im Übermittlungsdienst ausgebildet, kann in Ausnahmefällen allein mit dem Schießkommandanten nach vorne geschickt werden, um eine rasche Verbindungsaufnahme mit dem zu unterstützenden Verband sicherzustellen und um dringende Feueraufträge zu lösen.

5. Versuchsergebnis

Wir können mit Freude feststellen, daß die Gesamtausbildung der Leute durch die Spezialisierung im Gebirgsdienst nicht vernachlässigt wurde. Im Gegenteil, am Ende der Rekrutenschule gehörten diese Leute zu den Besten. Es wäre wenig zweckmäßig, wenn dem nicht so wäre. Zwei Hauptgründe sind für dieses Gelingen zu erwähnen:

- Begeisterung und Ausdauer, begleitet von einem harten Willen, und
- Möglichkeit der Auswahl aus einer relativ großen Zahl von Anwärtern.

Weniger bewährt hat sich die Abkommandierung des Gebirgsdetachementes zur Gebirgsinfanterie-Rekrutenschule in der Endphase, wie wir es in der Sommer-Rekrutenschule gemacht haben. Der Rekrut wird dadurch zu früh einem Gebirgsverband anvertraut und hat keine Möglichkeit, selbständig und ununterbrochen im Gebirgsdienst ausgebildet zu werden. Eine glückliche Lösung dürfte sein, alle Gebirgsdetachemente der Artillerierekrutenschulen in der Endphase zentral auszubilden. Man könnte für diese Ausbildung auch die Gebirgsklassen der Offiziersschulen herbeiziehen und so bestimmt gute und erfolgreiche Resultate erreichen. Mit dieser Lösung dürften auch die Schulkommandanten beruhigt sein, da diese vorderhand und teilweise keine geeignete Instrukturen für die Gebirgsausbildung haben.

Die sowjetische Militärpolitik unter Breschnew und Kossygin¹

Von Thomas W. Wolfe, Washington

Seit Chruschtschews Entmachtung im Oktober 1964 mußten sich seine Nachfolger mit einem weiten Kreis von Problemen auseinandersetzen, die durch Entwicklungen in der Sowjetunion und auf der internationalen Szene entstanden sind. Inner-

¹ Erstmals erschienen in «Schweizer Monatshefte», Juni 1967. Nachdruck mit gütiger Erlaubnis der Redaktion und – aus Raumersparnisgründen – unter Weglassung der umfangreichen Anmerkungen.

Vgl. Rezension des Buches «Sowjetische Militärstrategie» des gleichen Verfassers hinten Seite 497.

halb der Sowjetunion sah sich die neue kollektive Führung unter Leonid Breschnew und Alexei Kossygin vor die Aufgabe gestellt, die Leistungen der Sowjetwirtschaft zu verbessern, die Rolle der Partei den Erfordernissen einer modernen Gesellschaft anzupassen, die Verteidigung des Landes zu verstärken und den ideologischen Elan unter Jugend und Intellektuellen zu erneuern. Auf der internationalen Szene warf die sich hinziehende Krise in Vietnam ihren Schatten auf die Ost-West-Beziehungen, der sowjetisch-chinesische Streit wurde immer bitterer und rückte

an den Rand des offenen Bruchs. Die in Europa wirkende politische Dynamik hat einerseits neue Möglichkeiten für eine auf Entzweiung der NATO abzielende Sowjetdiplomatie geschaffen, andererseits aber auch die Aufgabe der Sowjetunion zur Bewahrung des Zusammenhalts im Warschauer Pakt kompliziert. Es muß nicht besonders betont werden, daß diese Entwicklungen verschiedene Bereiche der sowjetischen Politik tangieren. Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich auf eine Bestandaufnahme in einem dieser Bereiche, der sowjetischen Militärpolitik am Vorabend des fünfzigjährigen Jubiläums der Sowjetunion.

Vor der Behandlung der speziellen Fragen der Verteidigungspolitik der Sowjetunion soll als allgemeine Beobachtung vermerkt werden, daß seit Chruschtschews Abtreten keine radikale Wendung in der sowjetischen Verteidigungsvorbereitung und der ihr zugrunde liegenden strategischen Doktrin stattgefunden hat. Allerdings wurde seither die eine oder andere strategische These Chruschtschews kritisiert. Die neue Führung hat auch eigene Entscheidungen über wichtige Fragen getroffen, die ihr Vorgänger ungelöst hinterließ. Jedoch gab es keinen direkten Widerruf von Chruschtschews Kurs in der Militärpolitik, der im wesentlichen auf die Abschreckungswirkung der sowjetischen Atom- und Raketenmacht abstellt. Die Nachfolger haben weder die organisatorische Struktur der Sowjetarmee noch das überlieferte Kommando der Streitkräfte durch Berufsmilitärs angetastet, was an sich schon als indirektes Einverständnis mit Chruschtschews Linie aufgefaßt werden kann. Jedenfalls hat die Periode nach Chruschtschew bis heute keine größeren organisatorischen und theoretischen Veränderungen im militärischen Bereich gebracht, die mit den Reformen nach Stalins Tod vergleichbar wären. Dies bedeutet allerdings nicht, daß Breschnew und Kossygin der Lösung von entscheidenden Problemen in der Verteidigungspolitik enthoben sind. Zu den gegenwärtig umstrittenen Hauptfragen der sowjetischen Politik gehören die Ansprüche des Militärs auf die Ressourcen der Sowjetunion – ein immerwährendes Problem, das durch die Festlegung des neuen Regimes auf ehrgeizige Wirtschaftsreformen verschärft wird.

Ringens um das Rüstungsbudget

Während des ersten Jahrs des neuen Regimes tauchten Anzeichen dafür auf, daß das Thema der Budgetzuwendungen Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten in der Sowjetführung gab. Im Sommer 1965 deuteten beispielsweise theoretische Abhandlungen in der sowjetischen Armeezeitung an, daß die einseitige Betonung der Abschreckung, wie sie unter Chruschtschew üblich war, zur Vernachlässigung der allseitigen Verstärkung der Streitkräfte und zur Infragestellung der «Notwendigkeit von entsprechend größeren Ausgaben» führen könne. Diese Ausführungen nahmen Stellung zugunsten größerer, ausgeglichenerer Streitkräfte, insbesondere für deren Aufstellung noch vor einem möglichen Kriegsausbruch. Im Gegensatz zu der unter Chruschtschew verbreiteten Ansicht wurde darin ferner behauptet, daß die Entwicklung der Technologie keineswegs die Notwendigkeit einer massierten Mannschaftsstärke für eine moderne Armee reduziert habe.

Zur gleichen Zeit, als militärische Sprecher die Möglichkeit einer rubelsparenden Abkürzung zur Sicherheit der Sowjetunion in Frage stellten, zeichneten sich auch Meinungsverschiedenheiten in der Sowjetführung selbst über Budgetprioritäten ab. Eine Faktion der Führung neigte dazu, den Ausgaben für die interne Wirtschaftsentwicklung den Vorrang einzuräumen, während eine andere Gruppe unter Hinweis auf eine Bedrohung von außen in Zusammenhang mit einer sich verschlechternden

internationalen Lage die Notwendigkeit einer raschen Verstärkung der Verteidigung betonte. In dieser Auseinandersetzung um die Priorität von Wirtschaft oder Rüstung erhielt diese zweite Gruppe 1965 und 1966 Auftrieb durch die Ausweitung der Krise in Südostasien.

Gegenwärtig scheinen die Argumente zugunsten größerer Verteidigungsausgaben, selbst auf Kosten einer Herabsetzung der Investitionen in anderen Wirtschaftssektoren, die Oberhand zu behalten. Das Rüstungsbudget für 1966 wurde zum Beispiel um 5 Prozent erhöht, das kürzlich veröffentlichte Budget für 1967 sieht eine weitere Steigerung um 8 Prozent vor – auf 14,5 Milliarden Rubel gegenüber 13,4 Milliarden Rubel im Vorjahr. Diese Zahlen, so muß betont werden, beziehen sich auf offizielle sowjetische Angaben. Die tatsächlichen Militärausgaben der Sowjetunion, die teilweise unter anderen Budgetposten versteckt werden, sind nach kompetenten westlichen Schätzungen mindestens um ein Drittel höher.

Für die Annahme, daß militärische Ausgaben ein größeres Stück aus den sowjetischen Mitteln herausbeißen, als die offiziellen Angaben zugeben, scheint auch die Verzögerung der Fertigstellung des neuen Fünfjahresplans 1966–1970 zu sprechen. Die Richtlinien für diesen langfristigen Plan wurden bereits anfangs 1966 bekanntgegeben und auf dem 23. Parteitag diskutiert; Kossygin kündigte damals sogar die Ratifizierung durch den Obersten Sowjet innerhalb von vier oder fünf Monaten an. Indessen wurden bisher nur Pläne für die laufenden Jahre verabschiedet und der Fünfjahrplan selbst dürfte kaum vor Sommer oder Herbst 1967 fertiggestellt werden. Dies legt den Schluß nahe, daß die Auseinandersetzungen über die Plandispositionen für Rüstung und andere Wirtschaftszweige noch immer nicht entschieden worden sind. Die Planung dürfte dazu durch weitere militärische Fragen kompliziert worden sein, die mit der Errichtung eines ABM-Systems (Raketenabwehr) zusammenhängen. Ein solches Unternehmen erfordert zusätzliche substantielle Ausgaben zu einer Zeit, da auch andere Investitionen erhöht werden müßten, falls die vorgesehenen Ziele des Fünfjahrplans erreicht werden sollen.

Einschätzung der Kriegsgefahr

Der Grad der Dringlichkeit sowjetischer Rüstungsvorbereitungen hängt zu einem nicht geringen Teil davon ab, wie die Sowjetführung die Gefahr eines großen Krieges in der heutigen Welt einschätzt. Chruschtschew, angefangen mit seiner Revision von Lenins These von der «Unausweichlichkeit von Kriegen» im Jahre 1956, hatte sich Schritt für Schritt zu der Beurteilung durchgerungen, daß mit einem vorsätzlichen Angriff des Westens auf die Sowjetunion nicht zu rechnen sei. Unter dem neuen Führungsteam wuchs jedoch die Neigung, die tendenziöse Beschuldigung wieder aufzuwärmen, daß der Westen einen Angriff auf die Sowjetunion vorbereiten würde. Derartige Anschuldigungen tauchten insbesondere nach der Verschärfung der Vietnamkrise anfangs 1965 wieder auf. Die sowjetische Presse schrieb, wegen des Hervortretens des «aggressiven Charakters des Imperialismus» sei es die «allerwichtigste Pflicht» der sowjetischen Partei und der anderen marxistisch-leninistischen Parteien, «eine Unterschätzung der Kriegsgefahr zu vermeiden». Die neuen Führer drückten laut ihre Sorge darüber aus, daß die Kriegsgefahr angesichts der Verschlechterung der internationalen Lage gestiegen sei. Die kritische Frage ist natürlich, wie weit sich diese Deklamationen über eine Erhöhung der Kriegsgefahr – die verschiedenen Zwecken der internen Auseinandersetzung und der Propaganda nach außen dienen – mit der persönlichen Überzeugung der Sowjetführer decken.

Jede Stellungnahme zu diesem Thema kann nicht anders als spekulativ sein. Der Verfasser neigt jedoch der Meinung zu, daß die heutige Sowjetführung nach wie vor einen großen Krieg zwischen den beiden rivalisierenden Systemen für unwahrscheinlich hält – wenn schon nicht als Folge der gutartigen Intentionen der Vereinigten Staaten, dann jedenfalls wegen der Wirksamkeit einer Kombination von sowjetischer Abschreckungsmacht mit den politischen Kräften der sogenannten «Weltfriedensbewegung». Eine Einschränkung dieses Urteils muß jedoch in Zusammenhang mit der von sowjetischer Seite geäußerten Besorgnis gemacht werden, daß ein lokaler Konflikt wie in Vietnam der Kontrolle entgleiten, oder daß die Politik eines aufstrebenden Deutschland Amerika und die Sowjetunion in einen Krieg ziehen könnte. Bei dieser Einstellung zu Deutschland scheint allerdings eine Art Fixierung der sowjetischen «politischen Psyche» im Spiel zu sein, die Befürchtungen hervorruft, die weit über eine rationale Bewertung einer deutschen militärischen Bedrohung hinausgehen und unter den heutigen Bedingungen nicht gerechtfertigt sind.

Die heutigen Sowjetführer zeigen jedenfalls eine größere Besorgnis für die Möglichkeit eines Krieges, als dies vor dem Einfrieren der Ost-West-Entspannung anfangs 1965 der Fall war. Dabei ist nicht ohne Bedeutung, daß in diesem Zusammenhang auf sowjetischer Seite die doktrinaire Frage wieder auftaucht, ob Krieg im nuklearen Zeitalter als Instrument der Politik veraltet sei.

Krieg als Mittel der Politik

Dieses Thema berührt bekanntlich einen Hauptstreitpunkt im sowjetisch-chinesischen Konflikt. Die Chinesen sind der Ansicht, daß Atomwaffen keineswegs Kriege überflüssig machen, und daß es ohne Krieg gegen den Imperialismus keinen Sieg der Weltrevolution geben könne. Die Sowjets wiederum warfen den Chinesen vor, sie begriffen nicht die Zerstörungswirkung eines Atomkriegs und würden einen solchen sogar mit ihren zu weit gehenden Provokationen gegen die Vereinigten Staaten heraufbeschwören. Peking entgegnete wiederum, die Sowjets hätten vor der nuklearen Erpressung des Westens kapituliert und durch die Furcht vor einem Atomkrieg ihre gesamte Politik lähmen lassen. Sieht man von polemischen Übertreibungen in diesem Wortgefecht zwischen Moskau und Peking ab, so bestand während Chruschtschews Amtszeit auf sowjetischer Seite tatsächlich die Neigung, einen Atomkrieg als militärisch untragbar zu betrachten und Lenins Diktum über den Krieg als Fortsetzung der Politik zu revidieren.

Nach Chruschtschews Sturz war dieses Thema für einige Zeit eingeschlafen, bis es im September 1965 in einem Artikel von Oberstleutnant E. Rybkin in der Halbmonatsschrift «Kommunist der Streitkräfte» wieder aufgegriffen wurde. Der Verfasser warf darin dem prominenten sowjetischen Militärschriftsteller General Talenski die Verbreitung der «fatalistischen Doktrin» vor, nach der «akzeptable Formen des Atomkriegs» nicht mehr gefunden werden können. Rybkin vertrat zwar ebenfalls die Ansicht, daß ein Atomkrieg schwere Verwüstungen anrichtet und um jeden Preis verhütet werden muß. Er lehnte jedoch gleichzeitig die Doktrin ab, daß ein Sieg im Atomkrieg unmöglich sei und schrieb dazu, «dies sei nicht nur falsch aus theoretischen Gründen, sondern auch gefährlich von einem politischen Standpunkt aus». Rybkin argumentierte weiter, ein Sieg sei dann möglich, falls ein Land einen Atomkrieg in der Weise führt, daß seine eigenen Zerstörungen minimal bleiben. «Wir müssen uns erinnern, daß ein Sieg im Krieg nicht einfach auf der Natur der Waffen beruht, sondern auf dem Kräfteverhältnis der

Kriegführenden.» Rybkin nannte zwei sich ergänzende Methoden, die im Hinblick auf das Kräfteverhältnis zur Beschränkung der Vernichtungswirkung eines Atomkriegs in Betracht gezogen werden können. Ein Weg sei die «schnelle» Niederwerfung des Gegners, «die weitere Zerstörung und Katastrophen verhindert». Der andere Weg sei die «Möglichkeit zur Entwicklung und Herstellung neuer Kriegsmittel zur zuverlässigen Abwehr der Atomschläge des Gegners», offenbar ein Hinweis auf eine ABM-Verteidigung. Gleichzeitig warnte Rybkin, daß die Erreichung des nötigen militärischen Potentials große Aufwendungen erfordere und es ein schwerer Fehler wäre, ohne einen solchen Einsatz die «Erwartung des sicheren Siegs» einzig von der «eingeborenen Überlegenheit des kommunistischen Systems» herzuleiten.

Rybkins Ansichten wurden teilweise von anderen sowjetischen Militärschriftstellern aufgegriffen, es gab aber auch gezielte Kritik an einzelnen Gesichtspunkten. So stimmte im Juli 1966 Oberst I. Grudinin zwar dem Angriff von Rybkin gegen den «Nicht-Sieg»-Standpunkt zu, wie er in der Chruschtschew-Ära von Militärtheoretikern vorgetragen wurde; gleichzeitig warf er Rybkin vor, daß seine Thesen allzusehr den «bourgeois» Theorien über den modernen Krieg glichen. Nach Grudinin habe Rybkin die Methoden der marxistisch-leninistischen Analyse zugunsten einer pragmatischen Betonung des materiellen Kräftegleichgewichts aufgegeben und versäumt, den «ideologischen Vorteilen des Sowjetsystems» genügendes Gewicht beizumessen.

Ein anderer Militärtheoretiker, Oberstleutnant W. Bondarenko, schrieb im September 1966 zu diesem Thema, daß der Schlüssel zum Sieg im wesentlichen in massiver und erfindungsreicher Forschung und in Entwicklungsanstrengungen zur Erreichung militärtechnischer Überlegenheit liege. Nach seiner Ansicht müsse ein richtig geleitetes Forschungsprogramm den gefährlichen Fehler vermeiden, dieses allein auf die Verbesserung bestehender Waffen zu konzentrieren; seine These lautet, ein neuer Durchbruch in der Waffentechnik könne «das Kräftegleichgewicht in kurzer Zeit abrupt verändern». Ein weiterer Beitrag zu dieser Diskussion erschien anfangs des Jahres als ungezeichneter Leitartikel der Armeezeitung «Roter Stern», der Rybkin und anderen ein «schöpferisches, selbständiges Herangehen» an Probleme des modernen Kriegs bescheinigte, zugleich aber ihm und Grudinin vorwarf, daß sie einige Veränderungen im nuklearen Zeitalter übergangen hätten. Der Leitartikel wiederholte die doktrinaire Behauptung eines kommunistischen Siegs im Falle eines Kriegs und legte dabei das Hauptgewicht auf die Mobilisierung der «anti-imperialistischen Kräfte» gegen einen Atomkrieg als «Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten»; dies war offenbar auch als Wink gegen ein zu weit gehendes Theoretisieren über die Aussichten eines «Sieges» gemeint.

Die Wiederbelebung der theoretischen Auseinandersetzung in der Sowjetunion über den modernen Krieg als Mittel der Politik braucht nicht unbedingt zu bedeuten, daß scharfmacherische Kräfte darauf drängen, die vorherrschende politische Linie in Richtung auf ein höheres Kriegsrisiko zu verändern. Der Hauptgesichtspunkt der zitierten Militärtheoretiker ist ja nicht, daß das heute bestehende Kräfteverhältnis gute Aussichten für einen sowjetischen Sieg biete, sondern daß erst eine künftige Veränderung des Machtverhältnisses zwischen der Sowjetunion und ihren Gegnern eine solche Möglichkeit schaffen könne. Dies läßt allerdings schließen, daß sowjetische Militärtheoretiker im gegenwärtigen Zeitpunkt bessere Aussichten als früher für den Versuch zur Veränderung des strategischen Machtgleichgewichts zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten sehen und aus diesem Grund auch die unter Chruschtschew als ab-

geschlossen betrachtete Diskussion wieder eröffnet haben. Die neue Sowjetführung, die inzwischen wirksame Schritte zur Verbesserung der strategischen Position der Sowjetunion eingeleitet hat, scheint indessen zu zögern, ob sie weitergehende Militärpläne auch um den Preis eines neuen Wettrüstens fortsetzen, oder ob sie Wege zur Wiederherstellung des strategischen Gleichgewichts durch Übereinkünfte mit den Vereinigten Staaten über Rüstungskontrolle suchen soll.

Strategisches Gleichgewicht und militärische Überlegenheit

Die Einstellung von Chruschtschews Nachfolgern zu Fragen des Ausbaus der sowjetischen strategischen Macht im Vergleich mit den Vereinigten Staaten war im ersten Jahr ihrer Amtsführung keineswegs klar. Sie waren durch ähnliche Beschränkungen befangen, mit denen sich schon Chruschtschew widerstrebend auseinandersetzen mußte. Andererseits scheinen sie aber immer weniger geneigt zu sein, an der sowjetisch-amerikanischen Entspannung mitzuwirken, die in den Jahren 1963/64 Chruschtschew in mancher Hinsicht entlastet hatte. Aus diesem Grund könnten sie es als durchaus zweckmäßig finden, nicht nur das *Image* einer eindrucksvollen sowjetischen Militärmacht aufzubessern, sondern zu versuchen, woran Chruschtschew scheiterte, nämlich die *Substanz* des strategischen Gleichgewichts selbst zu verändern.

Das initiale Auftreten der neuen Führung ließ ihre Entschlossenheit erkennen, die technologische Basis als Voraussetzung einer strategischen Überlegenheit auszubauen. Die Zuwendungen für wissenschaftliche Forschung wurden erhöht. Die öffentliche Vorführung neuer Waffen demonstrierte dazu, daß die militärische Forschung und Entwicklung energischer als früher vorangetrieben wird. Die neue Führung traf dazu Entscheidungen über die operative Stärke und den Einsatz der Streitkräfte, die aus verschiedenen Gründen unter Chruschtschew hängengeblieben waren. Eine dieser ohne Fanfarenklänge getroffenen Entscheidungen war der beschleunigte Einsatz von Interkontinentalraketen (ICBM). Nach wohlinformierten Berichten in der amerikanischen Presse wurde in den letzten Jahren die Zahl der operativen ICBM in der Sowjetunion beträchtlich erhöht. Anfangs dieses Jahres erreichte sie über 400, meist in gehärteten Unterständen; vergleichsweise standen in der ganzen Chruschtschew-Periode nur 200 ICBM-Rampen im Einsatz, die meisten davon «weich» und mit Raketentypen der ersten Generation ausgerüstet. Nach Chruschtschews Ausscheiden wurde also nicht nur das *Tempo* des operativen Einsatzes der ICBM beschleunigt, sondern auch die Qualität der strategischen Rakentruppen verbessert.

Im Augenblick ist nicht bekannt, was das endgültige Ausmaß des sowjetischen ICBM-Programms sein wird. Die Folgerung drängt sich aber auf, daß die neuen Führer einen größeren Ausbau ihrer strategischen Kräfte beschlossen haben, als ihr Vorgänger im Stande war. Wie bereits Marschall Malinowski auf dem 23. Parteitag im April 1966 erklärte, wird ein «besonderes Gewicht» auf die Entwicklung mobiler Abschlußrampen zu Lande für die strategischen Rakentruppen gelegt, ein Schritt, der eine größere Streuung des sowjetischen Abschlußpotentials ermöglicht. Nach Malinowskis Bericht zählt die Sowjetunion außerdem auf den Einsatz von Langstreckenbomben mit Luft-Boden-Raketen für Angriffe aus der Distanz sowie auf raketenbestückte Unterseeboote.

Ein weiterer Schritt zur Stärkung der strategischen Macht der Sowjetunion, der unter Chruschtschew in der Schwebe geblieben war, ist der Einsatz von ABM (Anti-Ballistic-Missiles). Nachdem verschiedene Spekulationen darüber in der Presse

erschienen waren, gab die amerikanische Regierung im letzten Herbst bekannt, daß die Sowjetunion ABM um Leningrad und Moskau installieren und mit dem Einsatz eines Antiraketen-systems beginnen würde. Dessen Ausmaß und Wirksamkeit ist allerdings im Westen umstritten. Nach Berichten in der westlichen Presse kann nicht genau unterschieden werden, ob sich dieses ABM-System allein auf Moskau beschränkt, oder ob noch ein anderes System für den Schutz eines größeren geographischen Gebiets zum sowjetischen Raketenabwehrsystem gehört. Die Spekulationen über die Wirksamkeit der sowjetischen Raketenverteidigung erhielten dazu Nahrung durch abweichende Erklärungen sowjetischer Militärführer zu diesem Thema.

Warum die neue Sowjetführung sich für den Einsatz eines ABM-Systems entschieden hat und einen beachtlichen Vorsprung auf diesem Gebiet beansprucht, ist vorerst undurchsichtig. Den Sowjetführern konnte nicht entgehen, daß der erste Einsatz von ABMs im Westen als ein Schritt zur «Entstabilisierung» des strategischen Bezugssystems und zur Entfesselung einer neuen Runde des Wettrüstens betrachtet wird. Nach den Erfahrungen mit der Diskussion über eine «Raketenlücke» in den fünfziger und frühen sechziger Jahren, die einen entscheidenden Anstoß für das amerikanische Raketenprogramm gab und im Endeffekt die Sowjetunion in einer ungünstigeren strategischen Position zurückließ, sollte man annehmen, daß die Sowjetführer es sich zweimal überlegen würden, bevor sie Anlaß zu einer «Antiraketen-Lücke»-Psychose in Amerika geben. Anscheinend hat aber im Urteil der Sowjetführer eine Voreingenommenheit für den Aufbau einer strategischen Verteidigung, zusammen mit der möglichen Überwindung früherer technischer Engpässe in der ABM-Entwicklung, die Oberhand über Kostenfragen und das Risiko eines neuen Wettrüstens gewonnen.

Ob diese Entscheidung angesichts neuer amerikanischer Vorschläge an die Sowjetregierung zur Neuüberprüfung der ABM-Politik endgültig ist, wird sich erst zeigen müssen. Momentan läßt sich noch nicht abschätzen, wohin die Ende Februar 1967 aufgenommenen amerikanisch-sowjetischen Erkundungsgespräche führen werden. Mit ihrer Zustimmung zu einer Überprüfung dieser Fragen und mit der angedeuteten Forderung nach Ausdehnung derartiger Verhandlungen auf strategische Offensivwaffen, in denen die Vereinigten Staaten eine Überlegenheit von etwa 3:1 verfügen, scheinen die Sowjetführer zu signalisieren, daß sie sich nochmals die Möglichkeit der Verbesserung der sowjetischen Position durch Rüstungskontrolle an Stelle des einseitigen Ausbaus der strategischen Offensiv- und Defensivwaffen überlegen wollen.

Sowjetische Einschätzung des konventionellen Krieges

Eine andere Frage im gegenwärtigen sowjetischen Denken befaßt sich mit den Möglichkeiten von weitreichenden nicht-nuklearen Auseinandersetzungen zwischen Großmächten. Zu Chruschtschews Zeit herrschte in politischen und militärischen Diskussionen über mögliche Kriegsschauplätze, besonders über Krieg in Europa, die Ansicht vor, daß auf diesen höchstens im Rahmen eines Weltkriegs mit massiven taktischen und strategischen Atomschlägen beider Seiten gekämpft würde. Bereits vor Chruschtschews Sturz zeichnete sich ein Umdenken ab, als in Erklärungen der Militärführer die Notwendigkeit einer besseren Bereitschaft für atomare oder konventionelle Operationen auf begrenzten Schauplätzen hervorgehoben wurde. Unter der neuen Führung mehrten sich die Anzeichen für eine doktrinäre Überprüfung der Möglichkeiten einer konventionellen Kriegführung und es wurde davon gesprochen, daß die sowjetischen Truppen besser für Situationen gerüstet sein müssen, in denen der Einsatz

des sowjetischen Atompotentials nicht zweckmäßig wäre. Die Marschälle Malinowski und Rotmistrow sprachen etwa davon, daß Feindseligkeiten nicht automatisch den Einsatz von Atomwaffen erfordern würden. Andere militärische Sprecher erklärten, die sowjetische Militärdoktrin übersehe nicht die Möglichkeiten eines nichtatomaren Kriegs oder einer auf taktische Atomwaffen beschränkten Kriegführung «im Rahmen sogenannter lokaler Kriege», die «selbst in Europa stattfinden könnten».

Die Einstellung der sowjetischen Berufsmilitärs hat sich keineswegs unisono von der früheren Ansicht der Unmöglichkeit von konventionellen Operationen oder einer beschränkten taktisch-nuklearen Kriegführung in Europa abgewandt. Im August 1965 lehnte der Militärkommentator General W. Semschow die Vorstellung eines «lokalen Atomkriegs» auf dem europäischen Schauplatz wie folgt ab:

«Es leuchtet ein, daß ein Krieg in dem mit Atomwaffen und Raketen starrenden Europa sofort größte Dimensionen annehmen würde.»

Ein von Marschall Sokolowski anfangs 1966 verfaßter Artikel bestätigte, daß die doktrinäre Neubewertung durch «Traditionallisten», wie Marschall Rotmistrow, nicht unwidersprochen blieb. Dieser Artikel berührte nur beiläufig die Möglichkeiten eines konventionellen Kriegs und betonte in erster Linie die Verantwortung der sowjetischen Strategie für die richtige Planung des Einsatzes von «Atom- und Raketenwaffen als Hauptmittel der Kriegführung». Auch hier darf nicht übersehen werden, daß sowjetische Erklärungen nicht immer die ganze Geschichte zu erzählen pflegen. Äußerungen über die ungewissen Aussichten der Begrenzung eines europäischen Kriegs, die teilweise auch als psychologische Abschreckung gemeint sind, können sich je nach den Erfordernissen ändern. Falls sich aber in der persönlichen Meinung der Sowjetführer die Ansicht durchsetzen sollte, daß eine größere Wahrscheinlichkeit für einen Krieg im europäischen Maßstab auf nichtatomarer Basis bestehe – in diesem Zusammenhang könnte das Beispiel eines verschärften Konflikts in Vietnam ohne atomare Eskalation das sowjetische Denken beeinflussen –, dann wären zweifellos neue Überlegungen über die Grundhaltung der sowjetischen Politik anzustellen.

Die Einschätzung, daß sich das Risiko der nuklearen Konfrontation in Europa verringert habe, könnte beispielsweise zu einer Änderung der Vorsicht führen, die bisher sehr stark die sowjetische Beurteilung von militärischen Konflikten in dieser Region beeinflußt hat. Dies könnte wiederum in der Sowjetführung eine Neueinschätzung ihrer politischen Einstellung zu Europa auslösen und vielleicht sogar bei ihr den Glauben wecken, daß ein verstärkter Druck zur Lösung der bestehenden Probleme ungefährlicher als bisher angewendet werden könne. Wenn die Sowjetführer andererseits etwas aus früheren Erfahrungen gelernt haben, sollten sie sich schon deshalb vor neuen Druckmaßnahmen gegen Westeuropa hüten, weil diese die NATO-Verbündeten zu einem neuen Schulterschluß bewegen könnten, wie dies vorher öfters unter Stalin und Chruschtschew geschehen war.

Die Entwicklung des Warschauer Pakts

Die militärischen Beziehungen der Sowjetunion zu den andern Mitgliedern des Warschauer Pakts haben sich sichtlich verändert, seit dieses Bündnis im Jahre 1955 in erster Linie als diplomatischer und propagandistischer Gegenzug auf Westdeutschlands Beitritt zur NATO zusammengefügt wurde. Anfänglich spielte dieser Pakt nur eine geringe Rolle in der sowjetischen militärischen Planung, die von der Annahme ausging, daß die sowjetischen Armeen die Hauptlast einer militärischen Auseinandersetzung in

Europa zu tragen hätten. Um 1960/61 leitete Chruschtschew jedoch die neue Politik einer engeren militärischen Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Mitgliedstaaten des Pakts ein, die sowohl auf eine Verbesserung der kollektiven militärischen Effektivität der Warschauer Allianz abzielte, als auch angesichts der «polyzentristischen» Tendenzen in Osteuropa eine Straffung ihres politischen Zusammenhanges herbeiführen sollte.

Diese Politik wurde unter Breschnew und Kossygin fortgesetzt. Im einzelnen wurde das gemeinsame Training und die Modernisierung der osteuropäischen Streitkräfte entsprechend ihrer erweiterten Aufgaben vorangetrieben. Diese Truppen umfassen gegenwärtig über 900000 Mann, aufgeteilt in etwa 60 Divisionen, von denen nach westlichen Schätzungen ungefähr die Hälfte über volle Kampfstärke und Einsatzbereitschaft verfügen. Zusammen mit den in Osteuropa eingesetzten sowjetischen Truppen – 20 Divisionen in Ostdeutschland, 4 in Ungarn und 2 in Polen plus beträchtliche taktische Luft- und Raketeneinheiten – stellen die vereinigten Streitkräfte des Warschauer Pakts in Europa heute ein beachtliches militärisches Potential dar.

Vom sowjetischen Standpunkt aus waren die Ergebnisse dieser neuen Politik gegenüber dem Warschauer Pakt nicht unbedingt befriedigend. Während die militärische Effektivität und die Fähigkeit zu gemeinsamen Operationen zweifellos gestiegen sind, wurde das politische Ziel der Straffung der Blockeinheit durch militärische Integration durchaus nicht erreicht. Statt sich enger an die Interessen der sowjetischen Politik binden zu lassen, drängen die osteuropäischen Regime nach stärkerer Mitbestimmung in Paktangelegenheiten, wie der Verteilung der wirtschaftlichen und militärischen Lasten oder der Formulierung der gemeinsamen Strategie. Rumänien, das als erstes über die ökonomischen Stränge schlug, hat auch bei der Herausforderung an die sowjetische Kontrolle der militärischen Angelegenheiten die Führung übernommen. Vielleicht als Reaktion auf die Unbotmäßigkeit der Rumänen, wahrscheinlicher aber wegen der Orientierung der sowjetischen politischen und strategischen Interessen auf Deutschland, entwickelte sich innerhalb des Warschauer Pakts eine deutliche regionale Differenzierung in Länder eines «nördlichen» und eines «südlichen Gürtels».

Alles in allem mehren sich die Anzeichen dafür, daß der Warschauer Pakt, statt ein williges Instrument der sowjetischen Politik zu sein, sich immer mehr in eine von bekannten Koalitionsstreitigkeiten bedrängte Allianz verwandelt. Es wäre jedoch falsch, daraus voreilig den Schluß zu ziehen, die Sowjetunion habe aufgehört, eine beherrschende Rolle im Warschauer Block zu spielen. Die verbliebenen Animositäten des Kalten Kriegs, das geschickte sowjetische Spiel mit der Angst der Osteuropäer vor dem emporstrebenden Deutschland und vor allem die sowjetische militärische Präsenz in Osteuropa begrenzen weiterhin die Fähigkeit der Länder des Warschauer Pakts zur Gestaltung einer eigenen Politik unabhängig von den sowjetischen Interessen.

Die Vietnamkrise und die sowjetische Militärpolitik

Zum Schluß soll kurz die Auswirkung des Vietnamkonflikts auf die sowjetische Militärpolitik unter der neuen Führung untersucht werden, ein Thema, das auch mit der gespannten Lage in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen zusammenhängt. Obzwar die heutige Sowjetführung in den letzten Jahren ihre Unterstützung für die militärischen Anstrengungen Hanois schrittweise gesteigert hat, insbesondere durch Lieferung von SAM-2-Raketen und anderem Luftverteidigungsmaterial, hat sie sich von einem eigentlichen Engagement sowjetischer Streitkräfte im Krieg in Südostasien bisher zurückgehalten. Dabei ist anzunehmen, daß die Sowjetführer einer direkten Konfrontation

mit den Vereinigten Staaten ausweichen wollen und es deshalb vorziehen, ihre militärische Mitwirkung auf Lieferung von Kriegsmaterial, technische Beratung und Ausbildung nordvietnamischer Soldaten zu beschränken. Sie haben allerdings die Entsendung von «Freiwilligen» angedeutet, was ebenfalls keine direkte Intervention bedeuten würde. Der Manövrierraum der Sowjetführung ist nicht nur durch das Risiko einer größeren Eskalation begrenzt, sondern auch die geographische Entfernung würde ein direktes sowjetisches Eingreifen schwierig machen. Diese Schwierigkeit trat bereits deutlich im Zusammenhang mit den gegen China gerichteten Anklagen wegen mangelnder Zusammenarbeit beim Transport sowjetischer Hilfe nach Nordvietnam hervor.

In Hinblick auf China muß die Sowjetunion anderen militärischen Problemen ein größeres Gewicht beimessen als solchen Eingriffen in Transporte nach Vietnam. Im Frühjahr 1966 soll die Sowjetführung Peking zur Rede gestellt haben, weil es die Chinesen informieren würde, «es sei nötig, sich auf einen bewaffneten Kampf mit der Sowjetunion vorzubereiten». Seitdem haben sich die sowjetisch-chinesischen Beziehungen in der Atmosphäre von Maos «Kulturrevolution» weiter verschlechtert. Gerüchte über Grenzzusammenstöße und militärische Bereitschaftsmaßnahmen in den Grenzgebieten beider Länder begannen zu zirkulieren. Obwohl ein direkter militärischer Zusammenstoß zwischen den beiden kommunistischen Mächten einstweilen wohl nur eine ferne Möglichkeit darstellt, ist die neue Sowjetführung zweifellos gezwungen, bei ihren militärischen Vorbereitungen auch diesen Fall in Rechnung zu stellen. Nach Behauptungen Pekings soll tatsächlich bereits eine interne Verlagerung sowjetischer Truppen in die asiatischen Grenzgebiete stattgefunden haben.

Weder der Vietnamkonflikt noch die Spannungen mit China

haben bisher eine größere Umdisponierung des gegen die NATO eingesetzten sowjetischen Militärpotentials veranlaßt. Gelegentlich auftauchende Gerüchte über den Abzug sowjetischer Divisionen aus Ostdeutschland zur Stärkung der sowjetischen Positionen in Fernost wurden von westlichen Beobachtern in Europa als unzutreffend bezeichnet. Die Erwägung eines Truppenrückzugs aus Europa während der Dauer des Vietnamkonflikts würde die Sowjetführung der chinesischen Beschuldigung aussetzen, daß sie in «Kollusion» mit den Vereinigten Staaten durch eine Lockerung in Europa die Verlagerung amerikanischer Truppen nach Vietnam gestatten.

Empfindlichkeit für chinesische Kritik dürfte allerdings nur einen geringen Einfluß auf die sowjetischen militärischen Pläne in Europa haben. Als Hauptfaktor bleibt, daß trotz Vietnamkrieg und wachsenden sowjetischen Interessen in Asien die Priorität weiter der Aufrechterhaltung der sowjetischen Machtposition in Europa gehört. Die Sowjetunion will ihren Einfluß auf die politischen und militärischen Probleme Europas behalten, zu denen nicht zuletzt, aus sowjetischer Sicht, die Zügelung des aufstrebenden Deutschland gehört. In der Tat haben die Sowjetführer ihren Blick in diese Richtung fixiert. Einer von ihnen, Alexander Schelepin, hat während seines Besuchs in Hanoi im Januar 1966 mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß Nordvietnam im Kampf gegen Amerika auf die eigenen Kräfte abzustellen habe, da die Sowjetunion weiter an ihre «schweren Verpflichtungen» in Europa denken müsse. In der Folge haben Gromyko und andere sowjetische Redner unterstrichen, daß der Schwerpunkt der sowjetischen Interessen weiter in Europa liegt, wo die Entstehung einer engeren Achse Washington-Bonn aus dem Durcheinander der NATO nach Ansicht des Kremls die größte Bedrohung der Sicherheit der Sowjetunion darstellen würde.

Die Verteidigung der Festung Buda durch General Hentzi im Frühjahr 1849

Von Dr. Peter Gosztony

Im imposanten Werk P. de Vallières «Treue und Ehre» wird auch in einem kleineren Kapitel die Geschichte der Schweizer im fremden Militärdienst während des 19. Jahrhunderts behandelt. Dabei erwähnt man den Namen des aus Bern stammenden österreichischen Generalmajors Heinrich von Hentzi, der im Mai 1849 als Statthalter und Kommandant der Festung Ofen (Ungarn) im Kampf fiel. Die folgende Studie soll an Hand zeitgenössischer Dokumentation über diesen Kampf – über die Geschichte der Belagerung von Buda (Ofen) – Rechenschaft ablegen, und zwar «sine ira et studio», ungeachtet der Tatsache, daß der Autor dieser Arbeit selbst aus Budapest stammt und für ihn die Einnahme der von Österreichern verteidigten Festung durch Truppen des Honvédgenerals Görgey eine der schönsten Waffentaten des ungarischen Freiheitskrieges von 1848/49 darstellt.

Frühling in Europa

1848 war ein Meilenstein in der Geschichte der europäischen Völker. Wie ein Wirbelsturm fegte in diesem Frühling die Revolution durch die Großstädte des Kontinents und brachte die Throne der Mächtigen ins Wanken. In Paris stieg die Bevölkerung auf die Barrikaden und lieferte blutige Gefechte gegen den unbeliebten König Louis-Philippe. Dann revoltierten die Berliner, Kölner und Münchner, mehr Freiheit für sich und die Einigung Deutschlands fordernd. Mailand, Prag und Wien kamen in Erregung; Volk und Bürgertum eroberten die Straßen.

Sie demonstrierten gegen den verhaßten Kanzler Metternich, der in ihren Augen das alte System verkörperte. Die Revolutionswelle schlug auch nach Ungarn über, in jenes Land, das seit den siegreich zu Ende geführten Türkenkriegen des 18. Jahrhunderts praktisch ein Bestandteil des kaiserlich-königlichen Österreichs geworden war.

Die zwei Schwesterstädte an der Donau, Pest und Buda, erlebten ihre Revolution im März 1848. Studenten und andere Jungintellektuelle, begeistert von den Nachrichten aus Frankreich, Deutschland und Österreich, demonstrierten in den Pester Straßen und verbrüderten sich mit dem Volk. Ihre Forderungen an Wien stellten sie in zwölf Punkten zusammen, in denen unter anderem die Pressefreiheit, ein verantwortliches ungarisches Ministerium, eine eigene Nationalversammlung, die Gleichheit der Bürger vor dem Gericht, die Zurückberufung der fremden Soldaten aus Ungarn und nicht zuletzt die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert wurde. Die Demonstration der Ungarn verlief unblutig, sogar die Erstürmung des Gefängnisses und die Befreiung der politischen Gefangenen (es war nur ein einziger Mann eingesperrt – o alte, gute Zeiten!) wurde von der kaiserlich-königlichen Statthalterei, die unter allen Umständen einen blutigen Zusammenstoß vermeiden wollte, geduldet. So siegte am 15. März 1848 die Revolution in Pest-Buda.

Diese günstige politische Stimmung ausnutzend, begab sich Lajos Kossuth, seit Jahren anerkannter Befürworter der Sache Ungarns, Advokat von Beruf und glänzender Volksredner, mit